Stand: 13.12.2025 08:19:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8929

"Transferunion stoppen - Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8929 vom 30.06.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10896 des SO vom 27.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11957 vom 08.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.06.2020 **Drucksache** 18/**8929**

Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Transferunion stoppen – Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Arbeitslosenversicherungen grundsätzlich nur auf Ebene des Nationalstaates oder darunter organisiert und finanziert werden dürfen. Eine anderweitige Finanzierung der Arbeitslosenversicherungen, z. B. auf EU-Ebene, ist inakzeptabel und darf im Interesse des Freistaates Bayern und der Bundesrepublik Deutschland nicht ermöglicht werden. Der Staat und dessen Steuerzahler dürfen nicht zur Finanzierung ausländischer Arbeitslose herangezogen werden, dies gilt auch für Kredite und Bürgschaften.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen eine Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung einzusetzen. Ferner soll sie diesbezüglich eine Bundesratsinitiative erarbeiten und anstoßen.

Begründung:

Seit der Coronavirus-Krise flammen die Debatten über eine „EU-Arbeitslosenversicherung“ erneut auf. Bereits vor der Coronavirus-Krise, im Jahr 2019, gab es kontroverse Debatten zu der Thematik. Die Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz Katarina Barley von der SPD forderte genau wie die Partei Bündnis 90/Die Grünen eine Arbeitslosenversicherung der EU. Diese Position verstößt fundamental gegen die Interessen des Freistaates und seiner Bürger.

Das EU-Programm „SURE“, das im Rahmen der Coronavirus-Krise eingerichtet wurde und angeblich nur “befristet” laufen soll, kann Kredite von über 100 Mrd. Euro den EU-Ländern zur Verfügung stellen, die „besonders stark“ von der Coronavirus-Krise betroffen sind. Die EU-Mitgliedstaaten garantieren für diese Kredite, insbesondere Deutschland. Im Speziellen sollen über das Programm Arbeitslosigkeitsrisiken, die im Rahmen der Coronavirus-Krise angestiegen sind, gemindert werden. Ein Instrument zur Senkung dieser Risiken ist das Kurzarbeitergeld.

Das Kurzarbeitergeld hat den Zweck, den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern, indem Unternehmen in außergewöhnlichen wirtschaftlichen Situationen temporär begrenzt bei den Personalkosten entlastet werden können, ohne Arbeitnehmer kündigen zu müssen. Wenn Arbeitnehmer gekündigt werden, fallen sie in der Regel in eine Arbeitslosenversicherung. Das EU-Programm „SURE“ ist demnach sehr nahe im Bereich der EU-Arbeitslosenversicherung angesiedelt.

Ebenso stößt der Europäische Globalisierungsfonds in die gleiche Richtung. Hier werden Maßnahmen bezahlt, die in Deutschland unter die Schirmherrschaft der Agentur für Arbeit und somit in den Arbeitsvermittlungsprozess fallen. Der Schritt zu einer regulären Arbeitslosenversicherung ist somit schon zum jetzigen Zeitpunkt nur noch gering und die Hemmschwelle sinkt immer weiter.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.10.2020 **Drucksache** 18/**10896**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**8929**

Transferunion stoppen - Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Jan Schiffers**
Mitberichterstatter: **Johann Häusler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 31. Sitzung am 15. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 27. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: kein Votum
   Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11957**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**8929**, 18/**10896**

Transferunion stoppen – Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Gerd Mannes
Abg. Dr. Stephan Oetzinger
Abg. Eva Lettenbauer
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Helmut Markwort

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
Transferunion stoppen - Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben
(Drs. 18/8929)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes.

(Beifall)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man in hundert Jahren in einem Geschichtsbuch über die Europäische Union nachliest, dann könnte dort ungefähr Folgendes zu lesen sein: Die EU war eine Einrichtung für den dauerhaften Geldtransfer von deutschen Steuerzahlern hin zu EU-Staaten.

Sehen wir uns die Transferbilanz der EU-Bürokraten etwas näher an. Die Deutschen zahlten 236 Milliarden Euro für die Bankenrettung in der Finanzkrise bzw. in der Euro-Staatsschuldenkrise. Dann zahlten die Deutschen rund 300 Milliarden Euro für die Bankenrettung in der Griechenland-Krise bzw. erfolgte die Übernahme entsprechender Haftungsgarantien. Deutschland soll künftig 42 % mehr in den EU-Haushalt zahlen. Die Deutschen zahlen voraussichtlich einen dreistelligen Milliardenbetrag für einen klimasozialistischen Green Deal, und aktuell haften die Deutschen mit 100 Milliarden Euro für die gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU-Corona-Krise.

Gleichzeitig verfällt unsere Infrastruktur, und im Bildungssektor verlieren wir wegen Geld- und Personalmangels immer weiter an Boden. In deutschen Pflegeheimen gibt es einen akuten Mangel an Pflegekräften, weil offensichtlich kein Geld für ordentliche Arbeitsbedingungen vorhanden ist. Obwohl also bei uns das Geld fehlt, werden Sie

nicht müde, Milliarde um Milliarde vom deutschen Steuerzahler an die Geldvernichtungsmaschine namens EU-Kommission zu transferieren, und trotz aller Beteuerungen in der Vergangenheit könnte nun zusätzlich eine europäische Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Künftig zahlen wir dann, wenn in Bulgarien jemand seinen Job verliert oder in Litauen jemand in Insolvenz geht.

Mit dem EU-Kurzarbeiterprogramm SURE ist bereits ein gefährlicher Grundstein für eine dauerhafte Vergemeinschaftung von Sozialleistungen gelegt. Besonders unredlich dabei ist, dass man für diese Bestrebungen nur die Corona-Krise instrumentalisiert. Man nimmt die Krise als Vorwand, um etwas zu tun, was man sowieso vorhatte. Das ist eine Täuschung der Bürger. Die EU mutiert zunehmend zum Enteignungsmonster für die leistungsfähigen Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland.

Doch was bezwecken die Brüsseler Bürokraten damit? Offensichtlich wollen sie die Mitgliedstaaten in Abhängigkeit zwingen. Nach der gemeinsamen Schuldenaufnahme im Rahmen der Corona-Krise wird auch eine europäische Arbeitslosenversicherung vor allem für den Transfer von wirtschaftlich erfolgreichen zu erfolglosen Ländern sorgen. Die EU wird damit zu einem Gefängnis für souveräne Nationalstaaten und zu einer Enteignungsmaschine für den Bürger. Und wer profitiert am Ende? – Die wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten dürften sich über weitere Transferleistungen aus den stärkeren Ländern freuen. Sie würden aber abhängig von Transfers gemacht, und die Brüsseler Bürokraten profitieren, weil sie das Geld anderer Leute noch ungenierter verteilen dürfen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass wenigstens dieser teure Kelch am deutschen Steuerzahler vorübergeht. Ersparen Sie dem Bürger die Kosten für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Stephan Oetzinger von der CSU-Fraktion auf.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung nimmt schon jetzt eine kritische Haltung zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder Arbeitslosenrückversicherung ein. Demgemäß hat sich die Staatsregierung bereits in der Vergangenheit mit einem kritischen Beschluss im Bundesrat – nachzulesen auf Drucksache 141/13 – dafür eingesetzt und sich bundespolitisch deutlich positioniert.

Inhaltlich ist Ihr Antrag, lieber Herr Mannes, mit deutlichen Schwächen versehen. Sie sprechen pauschal von einer Arbeitslosenversicherung auf europäischer Ebene. Tatsächlich steht eine sogenannte Arbeitslosenrückversicherung in der Diskussion. Auch prinzipiell liegt die Zuständigkeit nicht bei der Europäischen Union, sondern bei den Nationalstaaten. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Eva Lettenbauer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Policies werden in der Regel nicht besser, wenn man das Wort "National" davorsetzt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Pandemie fordert derzeit Menschleben, sie bedroht Existenzen, und das überall auf diesem Kontinent. Deutschland und Bayern können unterstützen. Das europäische Projekt ist von Anfang an auch genauso gedacht, nämlich basierend auf Solidarität und gegenseitiger Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es im Ausschuss bereits erwähnt: Es ist unsere Pflicht, alle Menschen in Europa in der Corona-Krise zu unterstützen und abzusichern. Hiervon profitieren alle Mitgliedstaaten und damit auch Deutschland und Bayern. Wenn Sie sich darüber beschweren, dass das von Ihnen in der Begründung des Antrags genannte EU-Programm SURE in der Nähe einer europäischen Arbeitslosenversicherung

anzusiedeln ist, dann sagen wir GRÜNE: Ja; und gerne mehr davon – auch über 2022 hinaus. Wir werden uns auch in Zukunft für eine europäische Arbeitslosenversicherung einsetzen; denn die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein europäisches Projekt, das weiterentwickelt werden muss und sicherlich nicht beschnitten werden darf. Wir stehen Ihnen und Ihren nationalistischen Grundüberzeugungen diametral entgegen, daher Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Bleiben Sie bitte da. – Herr Mannes, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Gerd Mannes (AfD): Frau Lettenbauer, jetzt muss ich doch nachfragen. Können Sie noch einmal erläutern, inwieweit Deutschland von einer europäischen Arbeitslosenversicherung profitieren würde? Wahrscheinlich würden wir viel mehr einzahlen, als wir herausbekommen. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern. Sie haben gesagt, dass Sie am liebsten noch mehr davon hätten.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Diese Frage deckt Ihre Denkweise auf. Sie denken nur monetär. Das europäische Projekt basiert aber auf einer gegenseitigen Unterstützung, und wir profitieren natürlich auch massiv davon, wenn andere Staaten wie Spanien oder Italien nicht darunter leiden, dass sehr viele Menschen wenig finanzielle Möglichkeiten haben. Auch dort müssen Menschen finanziell gut ausgestattet sein, damit das europäische Projekt gelingt, damit wir gut zusammenarbeiten und uns gegenseitig weiterhin stützen können.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Keine weiteren Zwischenfragen mehr. – Dann rufe ich als nächsten Redner den Abgeordneten Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN auf.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, zu Ihnen kommt jemand und verkauft Ihnen ein Problem, das es nicht gibt, dramatisiert es, würzt es mit Populismus, vermischt Äpfel mit Birnen und mischt darunter noch ein paar abstruse Argumente. Was würden Sie tun? – Sie würden wahrscheinlich dankend ablehnen. Das tun wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte noch einmal zurück. Die Meldung zur Zwischenbemerkung erfolgte in der letzten Zehntelsekunde. – Herr Mannes, Sie haben es gerade noch geschafft. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Das ging jetzt doch zu schnell. Erstens. Würden Sie sagen, dass dieses Programm SURE, das ich beschrieben habe, doch ein Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung ist? Zum Zweiten frage ich Sie auch noch einmal: Sind Sie grundsätzlich für oder gegen eine solche europäische Arbeitslosenversicherung? – Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich spreche etwas langsamer, damit Sie es verstehen; denn es war vorhin etwas zu schnell. Der Vergleich mit SURE ist der Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Sie vergleichen ein Programm, das ein europäisches Kurzarbeitergeld für eine kurze Zeit in der Krise schafft, mit einer dauerhaften Arbeitslosenrückversicherung oder einer Katastrophenrückversicherung, wie sie im Gespräch ist.

Ich bin – das habe ich im Ausschuss und auch hier schon mehrfach gesagt – gegen eine europäische Basisarbeitslosenversicherung, gegen eine echte Basisarbeitslosenversicherung. Die gibt keinen Sinn. Aber auch eine solche Versicherung würde niemals nationale Versicherungen ersetzen, wie es in Ihrem Antrag steht. Sie schreiben, die EU würde die nationalen Arbeitslosenversicherungen ersetzen. Das tut sie nicht. Sie schafft aber auch keine reine, echte Basisarbeitslosenversicherung. Sie wollte Anfang 2018 eine Rückversicherung schaffen. Dazu sage ich auch: Das müssen wir uns genau überlegen. Da müssen wir uns die Details anschauen, wenn sie auf dem Tisch

liegen. Aktuell gibt es aber keinen Plan für eine Arbeitslosenrückversicherung auf europäischer Ebene. Deswegen ist Ihr Antrag auch obsolet.

(Beifall den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich meinen Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion aufrufen.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Mannes hat die Finanzkrise der Jahre 2008 bis 2010 in Erinnerung gerufen und uns nochmals die Zahlen vor Augen geführt, was die europäischen Staaten damals zur Rettung von Banken an Geld auf den Tisch legen mussten. 1,6 Billionen Euro waren es. Das waren 13 % der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung Europas. Obendrauf kamen noch einmal 2.000 Milliarden Dollar für Konjunkturprogramme der weltweiten Staaten. Was für eine Schweinerei, weil einige an den Finanzmärkten auf Teufel komm raus zockten! Weil Gewinne privatisiert wurden, sollten die Verluste sozialisiert werden. So war es zwischen 2008 und 2010. Bis dahin können wir vielleicht sogar ein gemeinsames Gefühl für die Sache entwickeln.

Was entsteht in einem solchen asymmetrischen externen volkswirtschaftlichen Schock, wie man es nannte? – Eine hohe Arbeitslosigkeit. Was machen Staaten bei hoher Arbeitslosigkeit, die sie kaum noch finanzieren können? – Sie machen zwei Fehler.

Erstens kürzen Sie die Leistungen für die Arbeitslosen. Das ist sozial ungerecht, weil die Versicherungsleistung zunächst versprochen war. Zweitens erhöhen sie den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Auch das ist volkswirtschaftlich ein Fehler, weil in der Krise die Konjunktur eigentlich angekurbelt statt weiter abgesenkt werden sollte. Diese beiden Fehler führen dazu, dass man sich darüber Gedanken macht, was man gegen einen solchen asymmetrischen Schock und seine Folgen präventiv in Angriff nehmen kann.

Unser Vizekanzler Olaf Scholz hat sich darüber intensiv Gedanken gemacht und deshalb – im Übrigen auch im Einklang mit Jean-Claude Juncker, Frau von der Leyen und auch mit Emmanuel Macron – ein Konzept entworfen, das einem solchen Schock entgegenstehen soll. Das hat übrigens nichts mit einer Arbeitslosenversicherung zu tun. Was macht man in der Versicherungsbranche, wenn eine Arbeitslosenversicherung in der Form unter Druck gerät, wie ich es eben geschildert habe? – Man macht eine Rückversicherung für die Versicherung.

Gerade wir in Bayern sind hier besonders stark. Deshalb ist schon der Titel Ihres Antrags falsch. Es geht nicht um eine Arbeitslosenversicherung in Europa; es geht um eine Rückversicherung, mit der die Versicherungen in Krisenzeiten stabilisiert werden. Warum ist das gut? – In volkswirtschaftlicher Hinsicht habe ich die Gründe gerade genannt. Es handelt sich nicht um Sozialtransfers, weil es sich um einen Topf des EU-Fonds handelt, in den eingezahlt wird, damit Staaten in der Krise aus diesem Topf Gelder entnehmen können.

Das Konzept unseres Vizekanzlers Olaf Scholz sieht übrigens ausdrücklich keinen Transfer, sondern eine Verpflichtung zur Rückzahlung vor. Das Konzept unseres Vizekanzlers sieht ausdrücklich Mindeststandards beim Arbeitsrecht vor. Es sieht ausdrücklich vor, dass selbstverständlich nationale, funktionierende Arbeitslosenversicherungen überhaupt existieren. In vielen europäischen Staaten ist dies nicht der Fall. Sie könnten an diesem Projekt gar nicht teilnehmen. Wir haben deshalb Interesse daran, dass die Versicherung rückversichert wird. Wir haben Interesse daran, dass es Maßstäbe gibt und dass es keinen Transfer in die, wie Sie sagen, "Rotweinstaaten" gibt. Für mich ist das im Übrigen ein toller Begriff. Ich bin dezidiert, selbsterklärtes Mitglied der Toskana-Fraktion meiner Partei. Ich liebe die Rotweinstaaten, und ich kann mich mit diesem Begriff durchaus anfreunden.

Das Märchen des Sozialtransfers funktioniert bei der Arbeitslosenrückversicherung überhaupt nicht. Das ist kein sozialistischer Gedanke. Oder wollen Sie dem Ifo-Institut

in München oder dem Deutschen Institut für Wirtschaft – beides sind sehr unterschiedliche volkswirtschaftliche Denkschulen – vorwerfen, Sozialisten zu sein?

(Zuruf)

Das ist wirtschaftlich vernünftig. Es stabilisiert auch die nationale, deutsche Arbeitslosenversicherung. Deshalb sollten wir dieses Projekt dringend nachverfolgen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Vielen Dank, Herr Rinderspacher. Eine Rückversicherung ist natürlich keine sozialistische Idee. Sie werden es aber mir aber nachsehen, dass man die Verpflichtung zur Rückzahlung zumindest kritisch sehen kann. Ich habe nicht umsonst die Geschichte der Europäischen Union etwas skizziert, weil die roten Linien immer etwas verschoben wurden. Sehen Sie dabei nicht die Gefahr, dass die Gelder dieses Topfs, der befüllt wird, nicht mehr zurückgezahlt werden? Es ist eine ernstzunehmende Gefahr, dass aus einer Rückversicherung eben doch ein Sozialtransfer wird. Wie sähen Sie das, wenn dem so wäre? Würden Sie dies grundsätzlich ablehnen, oder muss dies aus Ihrer Sicht eine Rückversicherung bleiben?

Markus Rinderspacher (SPD): Es muss eine Rückversicherung bleiben. Es darf kein Sozialtransfer sein. Die Rückzahlung muss selbstverständlich auch versichert sein. Das müssen die Bedingungen dieser Versicherung sein. Davon hätte Deutschland in den 90er-Jahren in Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit profitiert, bevor Gerhard Schröder Bundeskanzler wurde. Damals waren wir das arme Land Europas. In jedem Fall waren wir im volkswirtschaftlichen Bereich diejenigen, die ganz am Ende des Korridors mit erheblicher Massenarbeitslosigkeit standen.

Das Ifo-Institut hat ausgerechnet, dass wir damals von einer solchen Arbeitslosenrückversicherung sogar profitiert hätten. Natürlich hätten wir in den Folgejahren die erhaltenen Gelder zurückzahlen müssen. Es lohnt sich also, nicht nur auf die "Rotweinstaa-

ten", wie Sie sie – ich fürchte – verächtlich nennen, zu schauen, sondern auch zu sehen, wie wir davon profitieren können. Am Ende profitieren wir alle davon, weil die Transfers, die Sie aufgezählt haben und die ich in veränderter Art und Weise noch einmal in Erinnerung gerufen habe, sinnvoll sind. Wenn man bedenkt, was uns die Finanzkrise insgesamt in Bayern, in Deutschland, in Europa und weltweit gekostet hat, dann ist diese Arbeitslosenrückversicherung für die Volkswirtschaft definitiv besser, auch für unsere Nation.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nun rufe ich das heutige Geburtstagskind Helmut Markwort für die FDP-Fraktion auf. Sie können verbal die Korken knallen lassen. Bitte, Herr Kollege.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD möchte mit Ihrem Antrag Dinge verhindern, die gar keiner plant. Auch mit dem angesprochenen Programm, allen voran das SURE-Programm, wird in der Europäischen Union weder eine Transferunion noch eine europäische Arbeitslosenversicherung errichtet. Das ist uns Freien Demokraten wichtig.

(Zuruf)

Wir wollen Sozialpolitik vor allem nationalstaatlich organisieren. Sozialpolitik muss so nah wie möglich am Menschen gestaltet sein, also so subsidiär wie möglich. In diesem Punkt sind wir besonders wachsam. Wir werden auch darauf achten, dass die Befristung strikt eingehalten wird. Das SURE-Programm ist aber eine richtige und in der Corona-Pandemie auch eine wichtige Maßnahme, mit der wir in dieser Notzeit unsere europäischen Nachbarn unterstützen.

Wir werden gleich noch über den Brexit reden. Spätestens seit dem Brexit müsste jedem klar sein, welche wirtschaftlichen Vorteile wir durch die EU haben und was wir ohne sie verlieren würden. Es ist also selbstverständlich, unseren Partnern zu helfen,

um die europäische Wirtschaft durch die Corona-Krise zu bringen. Auch Kredite der EU sind selbstverständlich, damit Mitgliedstaaten Kurzarbeit in ihrem Land finanzieren und so europäische Arbeitsplätze retten können. Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Danke sehr.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.